

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Meri Disoski, Freundinnen und Freunde

betreffend Budget statt Kürzungen, Frauenpolitik verdient mehr!

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (67 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2025 (Bundesfinanzgesetz 2025 – BFG 2025) samt Anlagen – UG 31 Frauen und Gleichstellung, Wissenschaft und Forschung

BEGRÜNDUNG

„Für 2025 sei das Frauenbudget gesichert“, verspricht Bundesfrauenministerin Eva-Maria Holzleitner: „Im Frauenressort gebe es heuer keine Kürzungen, im kommenden Jahr eine kleine Steigerung“¹. Allein der Erhalt des Status-Quo darf und kann für Österreichs Frauen aber doch nicht genug sein. Und schon gar nicht darf auf dem Rücken von Österreichs Frauen eine sozial ungerechte Budget-Politik ausgetragen und damit Krisen nur weiter verschärft werden. Unser Ziel ist und bleibt die völlige Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen. Umso dringender muss die neue Regierung an die frauenpolitischen Erfolge der Jahre 2020-2024 anknüpfen und diesen Weg konsequent weitergehen. Angesichts zahlreicher Kürzungen im Doppelbudget der ÖVP-SPÖ-NEOS-Bundesregierung muss außer Streit stehen: Kürzungen und Stagnation haben in der Frauen- und Gleichstellungspolitik keinen Platz!

Mit Regierungsbeteiligung der GRÜNEN wurde in den Jahren 2019-2024 das Frauenbudget fünf Jahre in Folge erhöht und insgesamt verdreifacht – von 10,2 auf 33,6 Millionen Euro durch eine jährliche Steigerungsquote von 45,8 %. Damit wurden Gewaltambulanzen aufgebaut, Frauen- und Mädchenberatungsstellen finanziell abgesichert, der Gewaltschutz und die Gewaltprävention österreichweit ausgebaut. Unter der ÖVP-SPÖ-NEOS-Bundesregierung stagniert das Frauenbudget nun – was inflationsbereinigt eine Kürzung ist. Das kleine Plus im Jahr 2026 von gerade einmal 500.000 Euro darf nicht darüber hinwiegäuschen, dass es sich hierbei lediglich um eine Inflationsanpassung handelt. Dass ausgerechnet unter einer SPÖ-Frauenministerin das Frauenbudget nicht erhöht wird – obwohl von dieser jahrelang zuvor selbst lautstark mehr Mittel gefordert wurden² – ist ein Wortbruch. Und ein frauenpolitischer Rückschritt. Statt den eigenen Forderungen – unter anderem das durch das Frauenbudget mitfinanzierte Gewaltschutzbudget auf ganze 250 Mio. Euro

¹ Nationaler Aktionsplan - Holzleitner: Frauenbudget für 2025 ist „gesichert“ | krone.at

² https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/A/2168/imfname_1043107.pdf

zu erhöhen³ – Taten folgen zu lassen und die Mittel für Frauenpolitik aufzustocken, kommt es unter dieser Bundesregierung sogar zu finanziellen Belastungen für Frauen.

In einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten steigen, Alleinerziehende jeden Euro zweimal umdrehen müssen und Frauen nach wie vor die Hauptlast in Pflege, Bildung und unbezahlter Sorgearbeit tragen, kürzt diese Bundesregierung dort, wo es Frauen besonders wehtut: beim Klimabonus, bei den Familienleistungen, beim sozialen Dritteln – alles Leistungen, von denen Frauen überproportional betroffen sind. Gerade die Aussetzung der Inflationsanpassung bei Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld ist in ihrer Symbolik wie auch Wirkung gravierend, sind doch ganze 85 % der Familienbeihilfenbezieher:innen weiblich⁴. Sie bedeutet somit reale Einkommensverluste vor allem für Frauen mit Betreuungs- und Sorgepflichten, Familien mit Kindern⁵.

Darüber hinaus zählt der rasche und finanziell abgesicherte Ausbau des Gewalt- und Opferschutzes sowie der Gewaltprävention eindeutig zu den dringlichsten Agenden, um das Leben von Frauen in Österreich wirksam und dauerhaft zu verbessern. Dass die Mittel für Gewaltschutz, Opferschutz und Gewaltprävention unter Türkis-Grün nach einem Jahrzehnt der Budgetstagnation endlich erhöht werden konnten, beurteilen GREVIO-Expert:innengruppe und weitere Expert:innen als besonders wichtig⁶. Denn damit wurde die wichtige Arbeit der Gewaltschutzzentren, der Frauen-, Mädchen- und auch Männerberatungsstellen endlich auf solidere Beine gestellt. Hier darf es in Zeiten der Einsparungen zu keinerlei Verschlechterungen kommen – im Gegenteil: Es ist wichtig, dass sich die Bundesregierung nicht nur mit gut gemeinten Worten zur Weiterführung dieser erfolgreichen Maßnahmen im Gewaltschutz und -prävention bekennt, sondern diese auch tatsächlich mit höchster Priorität behandelt und folglich mit adäquaten finanziellen und personellen Ressourcen inflationsangepasst und krisensicher ausstattet. Essenzielle Projekte, wie die flächendeckende Ausrollung der Gewaltambulanzen in ganz Österreich, die Standortausweitung von StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt, die Weiterführung und -entwicklung der Sensibilisierungskampagne #MannSprichtsAn oder die Stärkung der präventiven Männer- und Burschenarbeit dürfen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Das Recht von Frauen und Mädchen auf ein sicheres Leben frei von Gewalt ist schlicht unbezahlbar – angesichts angekündigter Sparpakete muss daher außer Streit stehen: Gerade in der Frauen- und Gleichstellungspolitik darf nicht gespart werden!

³ Presse | Österreichischer Frauenring

⁴ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/ME/217/fname_1462082.pdf, S. 5.

⁵ Vgl. <https://www.profil.at/meinung/kommentar-picek-sarpaket-der-regierung-kuerzen-ohne-kompass/403041882?s=09>

⁶ Bundeskanzleramt, Sektion III Frauenangelegenheiten und Gleichstellung (2024): [Deutsche Übersetzung des GREVIO-Berichts der ersten thematischen Evaluierungs runde. „Building trust by delivering support, protection and justice.“](#)

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

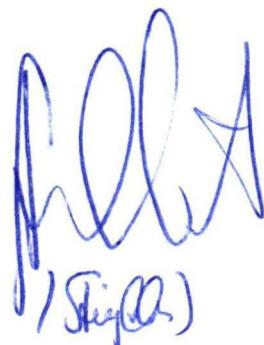
ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung und der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Einkommensverluste von Alleinerziehenden durch die Kürzungen des Doppelbudgets abzufedern, die bestehenden Gewaltschutzprojekte wie etwa Gewaltambulanzen und Sensibilisierungskampagnen unvermindert fortzuführen, durch weitere Projektfinanzierungen zusätzliche Mittel für die Frauenpolitik zu erschließen und mittelfristig im Budgetpfad wieder deutliche Steigerungen der Budgets „Frauenangelegenheiten und Gleichstellung“ nach dem Vorbild der grünen Regierungsbeteiligung anzustreben.“



(D. Söhl)



(Sieglinde)



(Gösswein)



(Grauert)



(Götz)